

Entnommen aus:

Dietmar Molthagen
Andreas Klärner
Lorenz Korgel
Bettina Pauli
Martin Ziegenhagen

Lern- und Arbeitsbuch »Gegen Rechtsextremismus«

Handeln für Demokratie

ISBN 978-3-8012-0381-8

Copyright © 2008 by Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn



Demokratische Kultur in der Kommune stärken – wie geht das?

Zusammenfassung

Dieser Baustein behandelt die Frage, wie die demokratische Kultur in der Kommune systematisch und partizipativ gestärkt werden kann. Lokale integrierte Handlungsstrategien betrachten Rechtsextremismus als Angriff auf die demokratische Kultur und nehmen die gesamte Kommune zum Ausgangspunkt ihrer Gegenstrategien. Eine nachhaltige Stärkung von demokratischen Potenzialen in der Kommune kann demnach nicht durch viele punktuelle und voneinander losgelöste Einzelaktivitäten erreicht werden, sondern durch langfristig angelegte, integrierte lokale Handlungskonzepte. Das Modul erläutert zunächst die Elemente einer demokratischen Kultur in der Kommune, regt dann zur Analyse der kommunalen Situation bezüglich rechtsextremer und rassistischer Erscheinungsformen vor Ort an und stellt abschließend die Implementierung von lokalen Aktionsplänen als ein hilfreiches Instrument für die Stärkung einer demokratischen Kultur vor.

Die Inhalte

Elemente einer demokratischen Kultur in der Kommune

Im ersten Teil dieses Moduls werden die Elemente einer demokratischen Kultur thematisiert und die Bedeutung des Gemeinwesens für deren Entwicklung herausgestellt. Ausgangspunkt für Strategien der Stärkung der demokratischen Kultur ist die Gesamtheit an Institutionen und Organisationen, die Bürger/innen selbst und deren unterschiedliche Zusammenhänge, der öffentliche Raum, die lokale Politik und der lokale öffentliche Diskurs.

Drei Elemente machen eine demokratische Kultur in der Kommune aus:

- Toleranz als Grundlage für gewaltfreie und demokratische Aushandlungsformen von Alltags- und Interessenkonflikten im Gemeinwesen, in den Institutionen und in der Nachbarschaft;
- Zivilcourage als ein aktives und sichtbares Eintreten für die humanen und demokratischen Rechte aller Bewohner/innen einer Kommune, Stadt oder Region;

- soziale Teilhabe als die Möglichkeit für alle Bewohner/innen, aktiv an den gesellschaftlichen, politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Prozessen partizipieren zu können.

In diesem Verständnis sind rechtsextreme und rassistische Handlungen ein Angriff auf die demokratische Kultur einer Kommune. Insbesondere Aufmärsche von rechtsextremen Organisationen oder gewalttätige Übergriffe mit rechtsextremem Hintergrund sind deshalb häufig Anlässe für die Bildung von Netzwerken in den Kommunen, um sich gegen solche Aktivitäten zu wehren.

Die Betrachtung des öffentlichen Raums und der Nachbarschaft ist für die Stärkung von Toleranz und Demokratie aber noch aus einem weiteren Grund von besonderer Bedeutung. Im öffentlichen Raum und der Nachbarschaft begegnen sich die Menschen gewollt oder ungewollt, hier finden alltäglich Kommunikation und Austausch statt und hier werden gesellschaftliche Konflikte um knappe Ressourcen deutlich. Der Zusammenhang zwischen sozialer und räumlicher Organisation der Gesellschaft wird hier unmittelbar erfahren, hier vor allem vollzieht sich politischer Alltag und es zeigt sich das gesellschaftliche Klima einer Kommune insbesondere im Umgang mit kultureller und sozialer Verschiedenheit. Wie tolerant und demokratisch ein Gemeinwesen ist, zeigt sich beispielsweise darin, wie mit Mitbürger/innen mit Migrationshintergrund und anderen Lebensentwürfen umgegangen wird. So kann im öffentlichen Raum beobachtet werden, ob soziale Konflikte um knappe Ressourcen, beispielsweise um die Nutzung von kommunalen Grünflächen, den Zugang zum Arbeitsmarkt etc., ethnisiert und mit rassistischen Deutungen geführt werden oder soziale Rahmenbedingungen im Vordergrund des Diskurses in der Kommune stehen.

Ebenso wichtig ist die Frage, wie ein Gemeinwesen auf rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen im öffentlichen Raum reagiert. Werden solche Erscheinungsformen aus dem gesellschaftlichen Bewusstsein der Kommune verdrängt, möglicherweise unbewusst indirekte begünstigt, entsteht eine Art pädagogischer Aktionismus oder wird versucht, integrierte Handlungskonzepte zu entwickeln? Im Gemeinwesen und seinem öffentlichen Raum zeigt sich also die Bedeutung von Toleranz, Zivilcourage und soziale Teilhabe.

Wichtige Rahmenbedingungen für einen demokratischen Alltag werden durch die Akteure aus der Bürgerschaft, den zivilgesellschaftlichen Organisationen, der Kommunalpolitik und -verwaltung, den kommunalen Medien sowie der marktwirtschaftlichen Unternehmen gestaltet. Sie sind wichtige Ressourcen für die Entwicklung einer demokratischen Kultur in der Kommune:

Abb. 18: Ein Beispiel für Zivilcourage im öffentlichen Raum. Eine Kampagne des Netzwerk Demokratie und Courage in Sachsen.



- *Bürgerschaft* verbindet nachbarschaftliche Aktivitäten, interessierte und engagierte Bürger/innen aller Altersgruppen (insbesondere auch Kinder und Jugendliche) in der Kommune.
- Zu den wichtigen *zivilgesellschaftliche Organisationen* zählen unter anderem Initiativen der Ausländer- und Flüchtlingsarbeit, der Opferperspektive, zur Geschichtsaufarbeitung, (Jugend-)Antifagruppen, Gewerkschaften und andere Interessenvertretungen (Schüler/innen-Vertretungen etc.), Sportvereine, Freie Träger der Jugendhilfe, Wohlfahrtverbände, Verbände, Kulturvereine etc.
- Akteure aus *Kommunalpolitik und -verwaltung* sind zum Beispiel die sozialen Dienste und kulturellen Einrichtungen der Kommunal- bzw. Stadtverwaltung, Sicherheitskonferenz, Ausländerbeirat, die demokratischen Parteien der Gebietskörperschaften, aber auch Institutionen der Länder wie die Polizei, Schulen, Universitäten, Fachhochschulen, die in der Region beheimatet sind.
- Die *lokalen Medien* haben für den lokalen öffentlichen Diskurs eine besonders wichtige Bedeutung. Ihre Berichterstattung beeinflussen die Deutungsmuster von lokalen Konflikten, von sozialer und kultureller Vielfalt, aber auch von rechtsextremen Erscheinungsformen.

- Wichtige Akteure der *marktwirtschaftlichen Unternehmen* sind unter anderem die Wohnungswirtschaft, große Unternehmen mit vielen Arbeitnehmer/innen aus der Region und Arbeitsgemeinschaften von kleinen und mittleren Unternehmen aus der Region.

Rassismus und Rechtstextremismus als kommunale Herausforderung

Nach dieser allgemeinen Erläuterung von demokratischer Kultur soll es im zweiten Schritt im Modul um die Methodik einer kommunalen Situationsanalyse bezüglich rechtsextremer und rassistischer Erscheinungsformen gehen, die gemeinsam anhand einiger Parameter erstellt werden können und eine wichtige Grundlage für die Entwicklung von lokalen Handlungsstrategien sind. Um ein differenziertes Bild der Situation bezüglich der Ausbreitung und Entwicklung von rassistischen, rechtsextremen und undemokratischen Verhaltenweisen zu bekommen, empfiehlt es sich, drei Typen von Erscheinungsformen im lokalen Raum zu betrachten und zu analysieren. Den Analyseebenen sind jeweils Fragen zugeordnet, die als Anregung zur Diskussion dienen sollen und jeweils erweitert werden können.

Organisierte Rechtsextreme

Auf dieser Analyseebene wird nach den Aktivitäten und Strategien von Parteien, Vereinen, Netzwerken und Kameradschaften gefragt.

- Welche rechtsextremen Organisationen sind in der Region in welcher Weise aktiv?
- Haben sie handlungsfähige Strukturen oder versuchen sie, Strukturen aufzubauen?
- Mit welchen Aktionsformen treten sie in Erscheinung (Aufmärsche, Nutzung öffentlicher Räume)?
- Mit welchen Rekrutierungsstrategien arbeiten die lokalen rechtsextremen Organisationen?
- Welchen Einfluss haben organisierte Rechtsextreme auf zivilgesellschaftliche Organisationen und die lokale Wirtschaft im Gemeinwesen (zum Beispiel Jugendfeuerwehr, Heimatverein, Ordnungsdienste etc.)?

Rechtsextrem orientierte Jugendsubkultur

Neben dem organisierten Rechtsextremismus hat sich in den letzten zehn bis 15 Jahren eine sehr differenzierte rechtsextrem orientierte Jugendszene entwickelt, die zunächst vor allem in den neuen Ländern aufgefallen ist, deren Ausbreitung nun aber auch in vielen Regionen der alten Bundesländer zu beobachten ist. Elemente rechtsextremer Einstellungsmuster verbinden sich hier mit spezifischer Musik, Kleidung, Symbolik und Verhaltensweisen. Gewalt kann in diesen Szenen eine konstituierende Rolle spielen.

- Wie wird die rechtsextrem orientierte Jugendsubkultur eingeschätzt? Wie stark sind Elemente rechtsextremer Einstellungsmuster unter Jugendlichen verbreitet?
- Welche und wie viel rechtsextrem motivierte Straftaten und gewalttätige Übergriffe sind bekannt geworden? (Hier kann es unterschiedliche Einschätzungen von Opferverbänden und Polizei geben.)
- Wo lässt sich das Auftreten rechtsextrem orientierter Jugendlicher sozial-räumlich verorten?
- Welche Symbole, Kleidung und andere Formen rechtsextrem orientierter Jugendkultur sind im öffentlichen Raum erkennbar?
- Werden öffentliche Räume oder Einrichtungen durch rechtsextrem orientierte Jugendliche genutzt oder temporär dominiert?
- Welche Jugendszenen sind in der Region vorhanden und werden von rechtsextrem orientierten Jugendlichen beeinflusst oder dominiert?
- Welches Verhältnis haben andere, nicht rechtsextrem orientierte, alternativ und demokratisch eingestellte Jugendszenen zu den rechtsextrem orientierten Jugendlichen?

Alltäglicher Rassismus

Eine weitere Analyseebene fragt nach dem Klima, vor dessen Hintergrund Aktivitäten aus dem organisierten Rechtsextremismus und der Jugendsubkultur in Erscheinung treten. Dabei geht es um die Analyse von möglichen diskriminierenden und ausgrenzenden Verhaltensweisen gegenüber Personen mit Migrationshintergrund und weitere kulturelle und visible Minoritäten.¹

- Werden Konflikte in der Nachbarschaft und im öffentlichen Raum vor dem Hintergrund rassistischer Deutungsmuster ausgetragen? Gibt es beispiels-

¹ Gemeint sind zum Beispiel Sinti und Roma, Jüdinnen und Juden, schwarze Deutsche.

weise rassistische und diskriminierende Bemerkungen in den Nachbarschaften gegenüber Migrant/innen?

- Werden Bürger/innen mit Migrationshintergrund in Institutionen (zum Beispiel Schulen, Jugendeinrichtungen, Verwaltungen und anderes) diskriminiert oder ausgegrenzt? Welche Sichtweisen haben Bürger/innen mit Migrationshintergrund und Angestellte der kommunalen Verwaltung?
- Können Asylbewerber/innen am gesellschaftlichen Leben in der Kommune teilhaben?
- Werden öffentliche Diskurse mit ausgrenzenden, rassistischen oder diskriminierenden Äußerungen geführt?
- Wie reagiert das Gemeinwesen bei rassistischen oder rechtsextrem motivierten gewalttätigen Übergriffen?

Lokaler Aktionsplan als Instrument

Nach der Diskussion der Situationsanalyse geht es im dritten Teil darum, das Instrument des Lokalen Aktionsplans als Instrument für integrierte Handlungsstrategien für Demokratie und Toleranz vorzustellen und zu diskutieren. Dabei geht es um die Frage: Was unterstützt Bürger/innen und verantwortliche Akteure, in ihrer Gemeinde für eine demokratische Kultur aktiv zu werden?

Integrierte lokale Handlungskonzepte sind zivilgesellschaftlich orientiert, gekennzeichnet durch einen direkten Bezug zum lokalen Raum und durch das Bestreben, viele oder möglichst alle wichtigen Akteure für ein gemeinsames Ziel zu gewinnen, die ihre Maßnahmen und Projekte auf der Grundlage einer systematischen Analyse der Situation und Ressourcen aufeinander abstimmen. Vielfach sind rechtsextrem orientierte Gewalt oder Aufmärsche in diesem Zusammenhang Anlässe für die Bildung von Runden Tischen, Foren, Bündnissen etc. Der Impuls für ein solches Kooperationsnetzwerk kann von zwei Seiten kommen: Entweder versucht eine Kerngruppe couragierter Bürger/innen einen solchen Zusammenhang zu initiieren oder aus dem Kreis institutioneller Akteure wird eine entsprechende Vernetzung angeregt.

Lokale Aktionspläne haben sich als erfolgreiche Instrumente für die Stärkung einer demokratischen Kultur herausgestellt, weil sie systematisch vorgehen und partizipationsorientiert sind. Bestandteile eines lokalen Aktionsplans sind:

- eine gemeinsam abgestimmte *Situationsanalyse*, die genau beschreibt, welche Entwicklungen es bezüglich organisiertem Rechtsextremismus, rechts-

extrem orientierter Jugendsubkultur und alltäglichem Rassismus in einer Kommune gibt;

- eine *Ressourcenanalyse*, die schon bestehende Aktivitäten und Potenziale für die Stärkung von Demokratie und Toleranz beschreibt. Hierzu gehören zum Beispiel Partizipationskonzepte für Kinder und Jugendliche, die Arbeit von Antidiskriminierungsgruppen, Flüchtlings- und Migrationsarbeit etc.;
- *Leitlinien*, die die grundsätzlichen Ziele eines lokalen Aktionsplans fest-schreiben;
- *Rahmen- und Handlungsziele*, die in konkrete Maßnahmen münden. Hier-für werden Akteure eines lokalen Aktionsplans als Verantwortliche im Ak-tionsplan benannt.

Inhaltlich befassen sich lokale integrierte Gegenstrategien mit Maßnahmen gegen Aktivitäten rechtsextremer Organisationen, rechtsextrem orientierter Jugendkultur und gegen Angsträume², aber auch Maßnahmen gegen alltägliche Kommunikations- und Konfliktbewältigungsformen in der Nachbarschaft, die rassistisch gedeutet werden. Dabei ist von hoher Bedeutung, ob eine Stadt demokratische Positionen und demokratische Werte deutlich macht. Neben Reaktionen auf spektakuläre rechtsextremistische Aktivitäten sind auch Reak-tionen auf alltäglichen Rassismus zu entwickeln. Also Reaktionen auf die viel zahlreicheren unspektakulären Handlungen, die sich mit dem Umgang mit Minderheiten, mit kultureller Vielfalt und mit dem Umgang mit der eigenen Geschichte in der Kommune befassen.

Durch die Einbeziehung von Einschätzungen, Ideen und Vorschlägen mög-lichst vieler verschiedener Akteure vor Ort wird die Akzeptanz unterstützt. Dabei ist zu beachten, dass Politik, Verwaltung, zivilgesellschaftliche Organisa-tionen und subkulturelle Gruppen unterschiedliche Sichtweisen, Traditionen, Organisationskulturen und Interessen haben. Im Rahmen eines lokalen Akti-onsplans handeln die unterschiedlichen Akteure den kleinsten gemeinsamen Nenner aus und stecken die Grenzen ab, auf deren Grundlage eine vertrauens-volle Zusammenarbeit stattfinden kann. Aus den bisherigen Erfahrungen mit integrierten kommunalen Strategien für Demokratie und Toleranz lassen sich Elemente ableiten, die eine erfolgreiche und nachhaltige Arbeit für Toleranz und Demokratie unterstützen und hier abschließend vorgestellt werden:

2 Orte, die durch eine meist temporäre Dominanz rechtsextrem orientierter Jugendgruppen auf Straßen, Plätzen und in Jugendzentren geprägt werden, in denen bestimmte Minderheiten, alternative Jugendliche und »Linke« einem hohen Opferrisiko ausgesetzt sind und das Betreten dieser Räume daher Angst auslöst.

Gemeinsame Erarbeitung der Situations- und Ressourcenanalyse

Ein zentrales Element eines Aktionsplans ist die Analyse der lokalen Situation in Bezug auf organisierten Rechtsextremismus, rechtsextrem orientierte jugendliche Subkulturen und alltäglichen Rassismus. Gleichzeitig sind die lokalen Potenziale für Toleranz und Demokratie zu analysieren. Dabei werden Einschätzungen, Ideen und Vorschläge möglichst vieler ehrenamtlicher und professioneller Akteure in die Analysen einbezogen. Insbesondere ist Wert auf eine Perspektive aus Sicht der Opfer zu legen und es sind Jugendliche und junge Erwachsenen zu beteiligen.

Positiv ausgerichtete Rahmung

Das Thema Rechtsextremismus sollte durch den Aktionsplan und das Netzwerk positiv gerahmt werden, das heißt, möglichst viele demokratisch eingestellte Gruppen, Ansichten und Potenziale müssen integriert werden. Der positive Bezug kann schon durch den Namen des Aktionsplans und Netzwerks deutlich gemacht werden, etwa »Aktionsplan für Toleranz und Demokratie«, »Forum Buntes Köpenick« etc.

Schlüsselstellung der kommunalen Politik

Die kommunale Politik muss den Prozess der Erstellung und Umsetzung des lokalen Aktionsplans unterstützen, indem sie sich an der Erarbeitung des Aktionsplans beteiligt und den politischen Willen der kommunalen Politik deutlich macht, sich offen mit den Themen Rechtsextremismus und Rassismus auseinanderzusetzen. Dabei ist es hilfreich, wenn beispielsweise Bürgermeister/innen bzw. Landrätinnen/Landräte die Schirmherrschaft übernehmen. Es muss deutlich werden, dass sich die politisch Verantwortlichen in der Gemeinde oder Stadt kontinuierlich mit den Themen auseinandersetzen, denn so kann unter anderem verhindert werden, dass die Beschäftigung mit Rassismus und Rechtsextremismus als »Nestbeschmutzung« wahrgenommen wird.

Zwei weitere wichtige Instrumente unterstützen die Arbeit der Akteure im Rahmen eines lokalen Aktionsplans:

Erstens kann eine »neutrale« *Servicestelle* durch fachliche Begleitung und Steuerung helfen, einen Aktionsplan zu implementieren sowie Konflikte und Entscheidungsprozesse zu moderieren. Ihre Aufgabe ist es, fachliche Inputs und Empfehlungen zu geben und belastbare Arbeitsbeziehungen zwischen verschiedenen Akteuren zu entwickeln.

Die Einrichtung eines lokalen *Aktionsfonds* unterstützt kleine Projekte und Aktionen von zivilgesellschaftlichen Gruppen durch die unbürokratische Vergabe von kleineren finanziellen Mitteln. Solch ein Aktionsfonds ist ein Förder- und Beratungsinstrument und aktiviert Bürgerinnen und Bürger, ist also zugleich auch Mobilisierungsinstrument. Die Gelder für solch einen Fonds können sich aus Programm-, Spenden- und kommunalen Mitteln speisen.

Darüber hinaus sind nach der Entwicklung, Implementierung und Durchführung des lokalen Aktionsplans die Reflektion der durchgeführten Maßnahmen und Projekte und deren Evaluierung notwendig. Wichtige Fragestellungen sind in diesem Zusammenhang:

- Woran machen wir unsere Erfolge fest?
- Wen erreichen wir? (Kampagnenfähigkeit)
- Wie beeinflussen wir lokale öffentliche Diskurse?
- Wie sichern wir unsere Erfahrungen?
- Wie beeinflussen uns gesamtgesellschaftliche Diskurse?
- Wo grenzen wir aus? Wo fördern Entscheidungen und Strukturen rassistische und/oder undemokratische Verhaltenweisen?

Die Praxis: Methodische und didaktische Hinweise zur Umsetzung des Bausteins

Zielgruppe dieses Moduls sind Akteure aus Institutionen, Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Institutionen einer Stadt/Kommune/Region. Alternativ kann dieses Modul auch mit Akteuren aus unterschiedlichen Kommunen durchgeführt werden.

Ziele des Moduls sind:

- Vermittlung von Grundlagen zum Thema »Demokratische Kultur in der Kommune« und zur Entwicklung von integrierten lokalen Handlungsstrategien für Demokratie und Toleranz;
- Anregung zur Standortbestimmung in Bezug auf das Instrument »Lokaler Aktionsplan« und ggf. Entwicklung für weitere Handlungsschritte.

Methoden:

Input-Vortrag, Gruppendiskussion und Plenumsdiskussion.

Dauer der Seminareinheit: 120 Minuten.

Vorgehen

Tabelle 8

Arbeitseinheit	Zeit	Material	Anmerkungen
Einleitung und Vorstellung der Ziele	5 Min.	PowerPoint-Folien 1–2 (siehe Materialsammlung)	
Vorstellungsrunde	15 Min.		Größe der Gruppe beachten
Elemente einer demokratischen Kultur in der Kommune und Rechtsextremismus als Angriff auf ein demokratisches Gemeinwesen (Input-Vortrag).	20 Min.	PowerPoint-Folien 3–6	
Nachfragen und Diskussion	15 Min.	Karte der Kommune oder Stadt, Folie 7	Erfahrungen und Kenntnisse können anhand einer Karte thematisiert werden.
Vorstellung Elemente integrierter lokaler Handlungsstrategien am Beispiel des Instruments »Lokaler Aktionsplan« (Input-Vortrag).	15 Min.	PowerPoint-Folien 8–12	
Vertiefende Diskussion in Kleingruppen.	30 Min.	Fragebogen, Flip-Chart-Papier und Stifte	Ermöglicht allen die Diskussion, wichtige Aspekte für einen möglichen LAP können festgehalten werden.
Vorstellung der Ergebnisse und Diskussion im Plenum.	20 Min.		Kurze Vorstellung der Ergebnisse der Kleingruppen und ggf. Ableitung von Arbeitsschritten für die weitere Praxis.
Vereinbarung und Abschluss	10 Min.		Vereinbarung für die Weiterarbeit schriftlich festhalten.

Literaturhinweise

- Lehnert, Esther/Siebert, Ingo: Der Lokalen Aktionsplanes Potsdam – eine effektive kommunale Strategie gegen Rechtsextremismus? In: neue praxis – Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik, Heft 4/2005, S. 405–418.
- Roth, Roland/Lynen von Berg, Heinz/Benack, Anke: Programme und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Fragen und Anmerkungen zu ihrer wissenschaftlichen Begleitung. In: Lynen von Berg, Heinz/Roth, Roland (Hg.): Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleiten, Opladen 2003, S. 9–26.
- Siebert, Ingo: Mut zu Toleranz und Demokratie in der Gemeinde. Der lokale Aktionsplan als Beispiel. In: Meyer, Gerd/Dovermann, Ulrich u. a. (Hg.): Zivilcourage lernen. Analysen – Modelle – Arbeitshilfen. Institut für Friedenpädagogik e. V., 2004, S. 168–173.
- Siebert, Ingo: Rechtsextremismus – eine Gefahr für demokratische Stadtkultur. In: Gesting, Norbert; Glasauer, Herbert u. a. (Hg.): Jahrbuch Stadtregion 2004/05, Opladen 2005, S.149–162.